

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Bad Ems



SPD-Ortsverein Bad Ems, Trierer Str. 93c, 56072 Koblenz

An den
Vorsitzenden der SPD Rheinland-Pfalz
Herrn Ministerpräsident Kurt Beck
Klarastr. 15A

55116 Mainz

Bad Ems, 20. Juni 2011

OLG/Generalstaatsanwaltschaft Koblenz

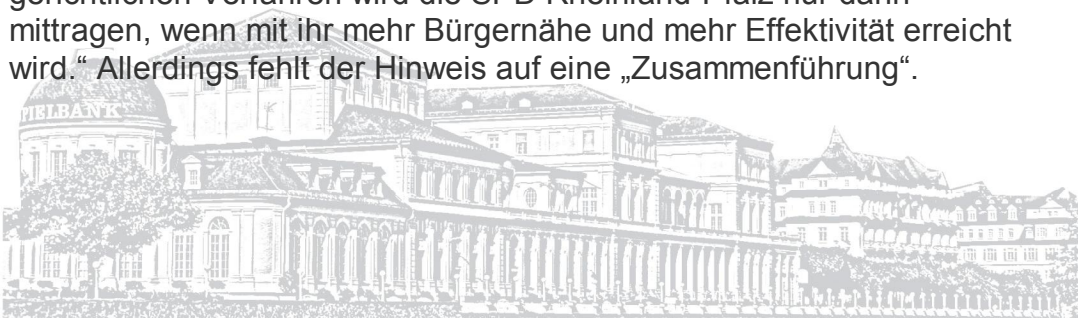
Lieber Kurt,

heute möchte ich mich als Vorsitzende der SPD Bad Ems an Dich im Zusammenhang mit dem Thema „OLG-Koblenz“ in Deiner Eigenschaft als Parteivorsitzender nach einer mit einstimmigem Votum abgeschlossenen Diskussion im Ortsvereinsvorstand wenden. Denn wir haben in der aktuellen Debatte den Eindruck gewonnen, dass das Thema die Partei spaltet bzw. ihr schadet.

Die Koalition hat beschlossen:

„Für uns gehört eine gute Erreichbarkeit von Justiz zur Garantie des Rechtsstaats. Gleichwohl sind strukturelle Reformen auch unter dem Gesichtspunkt der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse unumgänglich. Im Hinblick auf die Größe anderer Oberlandesgerichtsbezirke und Generalstaatsanwaltschaften ist jeweils eine Einrichtung für Rheinland-Pfalz angemessen. Wir werden diese mit Sitz in Zweibrücken zusammenführen.“

Diese Passage findet eine Entsprechung im Regierungsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz: „Eine Reform der Gerichtsorganisation und der gerichtlichen Verfahren wird die SPD Rheinland-Pfalz nur dann mittragen, wenn mit ihr mehr Bürgernähe und mehr Effektivität erreicht wird.“ Allerdings fehlt der Hinweis auf eine „Zusammenführung“.



Das Wahl-Programm von Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz für die Landtagswahl 2011 betont: „Polizei, Justiz und Strafvollzug benötigen dringend eine Weiterentwicklung hin zu mehr Transparenz, Bürgernähe und Effizienz.“ Auch hier kein Hinweis auf eine Standortdebatte.

So konnte die über eine Pressekonferenz am 28. April 2011 transportierte Nachricht, dass es in Rheinland-Pfalz nur noch einen OLG-Standort in Zweibrücken geben sollte, alle nur überraschen.

Zunächst herrschte in der SPD - bei ihren Funktionären und Mandatsträgern - Sprachlosigkeit. Wirklich erklären konnte die Entscheidung niemand. Überall Achselzucken! Die Landtagsfraktion (zu dieser Zeit noch unter dem Vorsitz von Jochen Hartloff) brauchte eine Woche bis es so etwas wie ein Argumentationspapier gab. David Langner versicherte am 03. 05. 2011, er habe Roger Lewentz, Jochen Hartloff und selbstverständlich auch Dich angeschrieben. Diese Vorgehensweise eines SPD-Stadtverbandsvorsitzenden und MdL (der Regierungsfraktion) belegt Hilflosigkeit. Sprachlos blieb im übrigen auch der vom Koblenzer Oberbürgermeister begrüßte designierte Justizminister bei der eindrucksvollen Demonstration auf dem Jesuitenplatz am 13. Mai 2011.

Die GRÜNEN versicherten (inoffiziell), dass sei nicht ihre Idee gewesen.

Zwischenzeitlich entwickelte sich in Koblenz und der Region eine mehr als lebhaftige Debatte zur Sinnhaftigkeit der „Zusammenführung“. Mittlerweile haben sich eine Vielzahl von kommunalen Parlamenten per Resolution für Koblenz positioniert.

So weit so normal!?

Besorgniserregend ist allerdings, dass sich prominente Genossen offen gegen die Entscheidung stellen: der Koblenzer Oberbürgermeister sowie sein Vorgänger, der Oberbürgermeister von Andernach, der Landrat von Neuwied, der Vorsitzende des Richterrats u.v.a.m. Die SPD registriert mit Hinweis auf die OLG-Standortentscheidung Austritte und reibt sich insgesamt (auch) heftig an der Vorgehensweise.

Neu ist zudem, dass der Kunde beim Bäcker die Unterschriftenliste „Pro OLG-Koblenz“ ebenso dort wie beim Kirchenbesuch zeichnen kann. Es ist also nicht übertrieben, von einer Bürgerbewegung zu sprechen. Ich fühle mich persönlich in meiner in der RZ zitierten Einschätzung bestärkt, dass der Justizstandort in allen Bevölkerungsschichten tief - auch emotional - verwurzelt ist. Die Debatte im Ortsvereinsvorstand hat diese Einschätzung bestätigt. Sichtbar wird dies durch die Beteiligung der Kammern am Protest. Es ist naheliegend, dass jeder Handwerker überlegt, welche Entfernungen man ihm auf der Rechtssuche zumuten will.

Ebenfalls neu ist, dass es im modernen Rheinland-Pfalz des 21. Jahrhunderts Töne gibt, die an die längst vergessenen Kämpfe zwischen dem Norden und Süden des (Retorten-)Landes erinnern. Wir können

uns jedenfalls an kein landespolitisches Thema erinnern, das diese alten Geschichten wieder aufgekocht hätte.

Die Koalitionsvereinbarung hebt auf die Notwendigkeit einer Strukturreform mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung ab. Dass diese Begründung offensichtlich nicht die wirkliche Antriebsfeder für den Reformzwang sein kann, wurde an vielen Stellen offensichtlich. Der Koblenzer Oberbürgermeister u.a. haben den Nachweis des Sparpotenzials gefordert. In der RZ ist heute zu lesen: „Überdenken wolle Beck das umstrittene Vorhaben nur, wenn die Fusion in der Westpfalz wesentlich teurer als die heutige Struktur wird.“

Lieber Kurt, der OLG-Präsident in Zweibrücken wird in der Rheinpfalz mit dem Satz zitiert: "Ich bedaure die Entscheidung, es wäre mir lieber gewesen, in Kooperation mit dem Oberlandesgericht in Koblenz weiter zu arbeiten." Sollte diese Formulierung nicht Anlass sein, einen Moment inne zu halten und die Entscheidung noch einmal zu überdenken?

Wir würden uns sehr darüber freuen! Denn: „Wir in Rheinland-Pfalz“ waren schon „näher bei de Leut“.

Mit freundlichem Gruß

U. Mogg
- Vorsitzende -